

Stadt Hildburghausen



NIEDERSCHRIFT

über die
17. Sitzung des Stadtrates
vom
03.11.2010

- öffentlicher Teil -

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Ort: Sitzungssaal, Clara-Zetkin-Str. 3, 98646 Hildburghausen

ANWESENHEITSLISTE

Stadtratsmitglieder Die Linke.

- | | |
|--------------------------|-----------------------|
| • Günther, Mathias | Fraktionsvorsitzender |
| • Kummer, Tilo | Stadtrat |
| • Löffert, Sabine | Stadträtin |
| • Meißner, Günther | Stadtrat |
| • Nowak, Peter Dr. | Stadtrat |
| • Pfeifer, Fritz | Stadtrat |
| • Siegel, Hildegard | Stadträtin |
| • Vonderlind, Karl-Heinz | Stadtrat |

Stadtratsmitglieder CDU

- | | |
|----------------------|----------------------|
| • Obst, Holger | 2. Beigeordneter |
| • Wütscher, Brigitte | Fraktionsvorsitzende |
| • Zuber, Susann | Stadträtin |

Stadtratsmitglieder SPD

- | | | |
|----------------------|------------------|---------------------------------------|
| • Naujoks, Siegfried | 1. Beigeordneter | vertritt Bürgermeister Steffen Harzer |
| • Hanf, Gernot | Stadtrat | |

Stadtratsmitglieder Freie Wähler

- | | |
|-------------------------|-----------------------|
| • Czapla, Frank-Michael | Fraktionsvorsitzender |
| • Lange, Waltraud | Stadträtin |
| • Weichler, Norbert | Ortsteilbürgermeister |

Stadtratsmitglieder Feuerwehr

- | | | |
|----------------------------|-----------------------|--------------|
| • Wiener, Eberhard | Fraktionsvorsitzender | |
| • Gleichmann, Hans-Joachim | Ortsteilbürgermeister | |
| • Hartmann, Torsten | Stadtrat | entschuldigt |
| • Knittel, Burkhard | Stadtrat | |

Stadtratsmitglieder Hildburghäuser Bürgerunion

- | | |
|-----------------------|-----------------------|
| • Gutberlet, Siegmund | Fraktionsvorsitzender |
|-----------------------|-----------------------|

Ortsteilbürgermeister

- | | | |
|------------------------|-----------------------|---------------------------------|
| • Geißenhöner, Herbert | Ortsteilbürgermeister | im nö. Teil nicht mehr anwesend |
|------------------------|-----------------------|---------------------------------|

Schriftführer/in

- Haschlar, Karin

TAGESORDNUNG

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Stadtrates vom 23.09.2010- öffentlicher Teil
4. Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt
5. Informationen durch den Bürgermeister - Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters
6. **200/2010**
Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Hildburghausen
7. **239/2010**
Außerplanmäßige Ausgabe in der HH-Stelle 1300-935000
8. **206/2010**
Jahresantrag 2011 im Bund- Länder- Programm "Stadtumbau Ost" - Aufwertung als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung
9. **207/2010**
Jahresantrag 2011 im Bund- Länder- Programm "Städtebaulicher Denkmalschutz" als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung
10. **208/2010**
Jahresantrag 2011 im "Thüringer Landesprogramm städtebauliche Erneuerung und Wohnumfeldverbesserung" als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung
11. **210/2010**
Einzelantrag zur Förderung "Rahmenplan Untere Marktstraße- Joh.- Seb.- Bach- Straße" im Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz
12. **211/2010**
Einzelantrag zur Förderung "Rahmenplan Obere Marktstraße- Hinter der Mauer" im Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz
13. **214/2010**
Einleitungsbeschluss für die 6. Änderung des fortgeltenden Bebauungsplanes für das Wohngebiet Waldstadt, 1. BA

- 14. 215/2010**
Abwägungsbeschluss zur 11. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes für den Bereich Judelsrain in der Gemarkung Birkenfeld
- 15. 216/2010**
Abschließender Beschluss zur 11. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Hildburghausen
- 16. 236/2010**
Außerplanmäßige Ausgabe – Ersatzbeschaffung Schneeräumschild für Multicar
- 17. 237/2010**
Außerplanmäßige Ausgabe
- 18. Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern**

PROTOKOLL

- Öffentlicher Teil -

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der amt. Bürgermeister Herr Naujoks eröffnet die Wiederholung der 17. Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden einschließlich die Presse.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, von 25 Mitgliedern sind 20 anwesend. Er stellt fest, dass die Einladung einschließlich Sitzungsunterlagen den Stadträten fristgemäß zugegangen sind.

TOP 2

Anträge zur Tagesordnung

Herr Naujoks stellt folgende Anträge zur Tagesordnung:

Die Vorl.-Nr. 210/2010 und 211/2010 im öffentlichen Teil sind von der Tagesordnung abzusetzen, da es hier Finanzierungsprobleme gibt.

Die Vorl.-Nr. 236/2020 und 237/2010, die im nö. Teil enthalten sind, sind in den öffentlichen Teil an TOP. 16 und 17. zu verlegen.

Die Vorl.-Nr. 217/2010 des nö. Teils ist von der Tagesordnung abzusetzen. Hier gibt es bei den Partnern keine einvernehmliche Lösung.

Stadtrat Knittel schlägt vor, diese Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen und das Problem ohne Beschlussfassung zu diskutieren.

Stadtrat Czaplá weist darauf hin, dass zur Vorlage im HA ein Vorschlag unterbreitet wurde. Deshalb kann dieser TOP. nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Stadtrat Gleichmann beantragt, die Vorl.-Nr. 220/2010 aus dem nö. Teil heute von der Tagesordnung zu nehmen. Er bittet darum, dass vor der Beschlussfassung der Bürgermeister mit den Einwohnern von Gerhardtsgereuth noch mal dazu berät. Sie sind prinzipiell nicht gegen den Verkauf des Gebäudes. Sie suchen nach einer gemeinsamen Lösung, damit die Vereine weiterhin existieren können.

Abstimmung über Antrag von StR Gleichmann: 9 dafür, 9 dagegen, 2 Enth.
Der Antrag ist abgelehnt, somit bleibt die Vorlage auf der Tagesordnung.

Abstimmung über Tagesordnung in geänderter Form: 20 dafür

TOP 3

Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates - öffentlicher Teil

Stadtrat Dr. Nowak merkt an, dass er zur Sitzung am 23.09.2010 entschuldigt abwesend war, was in der Niederschrift nicht vermerkt ist.

Auf die Frage von StR Czapla zur fehlenden NS vom 22.09.2010 wird durch Frau Haschlar erklärt, dass aufgrund von Urlaub die NS nicht erstellt werden konnte und diese in der kommenden Sitzung zur Bestätigung vorgelegt wird.

mehrheitlich angenommen Ja: 15 Enthaltungen: 5

TOP 4

Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt

Herr Hanusch bezieht sich in seiner Anfrage auf die in den letzten Tagen geführten Gespräche in der Stadt hinsichtlich der Planung der Sondernutzung auf öffentlichen Plätzen. Während dieser Nutzungszeit sollen die Möbel im Freien täglich aufgestellt und abends wieder weggeräumt werden.

In dieser Form ist die Sondernutzung auf öffentlichen Plätzen nicht vorgesehen, entgegnet der amt. Bürgermeister.

Die Bürgerin Frau Ines Schwamm richtet die Frage an die Stadträte, ob sie nicht eine große Verantwortung hätten, gegen den Bürgermeister Herrn Harzer etwas zu unternehmen. Sie sollten sich gründlich überlegen, wie sie sich dem Problem stellen. Es sieht so aus, als ob die Stadträte zu feige wären, besonders die Fraktion Die Linke und Bürgerunion und ob sie nicht über Neuwahlen nachdenken würden.

Der amt. Bürgermeister äußert sich hierzu wie folgt:

Es gibt in der Bundesrepublik ein geltendes Recht, dem wir alle unterworfen sind. Er wird sich nicht an Kampagnen beteiligen, die aus der Gerüchteküche kommen oder aus Diskussionen am Biertisch stammen, die gegen den Bürgermeister gerichtet sind mit Vorwürfen usw. Er wird die Ermittlungen der zuständigen Stellen abwarten, die noch laufen. Liegen die Ergebnisse auf dem Tisch, wird der Stadtrat eindeutige Schlussfolgerungen ziehen.

Die Standpunkte der Fraktionen waren in der Presse zu lesen.

Auch die Kommunalaufsicht im LRA wird lt. Pressemitteilung die Ermittlungen der zuständigen Behörden abwarten. Erst dann können entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Er bittet darum, bei diesbezüglichen Fragen sich an die entsprechenden Stellen zu wenden. Wie der Bürgermeister sich verhält, ist seine Angelegenheit. Er hat die Standpunkte von einigen Stadträten unmissverständlich übermittelt bekommen.

TOP 5

Informationen durch den Bürgermeister - Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters

- Seit dem 01.10.2010 ist die neue Mitarbeiterin für Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung tätig. In der kommenden StRS wird sie sich vorstellen.
- Zur Postzustellung wurde in der Verwaltung die Entscheidung getroffen, dass die Sitzungsunterlagen für den Stadtrat und seiner Ausschüsse über die Deutsche Post versandt werden.
- Gemäß Satzung zur Vergabe des Bürgerpreises der Stadt ist geregelt, dass Vorschläge in schriftlicher Form an den Bürgermeister mit ausreichender Begründung bis 30.09.2010 einzureichen waren. Bis heute liegen noch keine Vorschläge vor. Es wird darum gebeten, bis Mi. den 10.11.2010 in den Fraktionen über Vorschläge zu beraten und an den amt. Bürgermeister einzureichen.
- Herr Naujoks informiert über die Verleihung des 6. Slusizer-Preises am 14.10.2010 in Schleusingen an Herrn Michael Römhild.

- Es liegt ein Brief vom Patenkind aus Srilanka vor. Er bedankt sich für die Mittel, die die Stadt zur Verfügung gestellt hat, um sein Studium zu finanzieren.
- Zur kommenden Stadtratssitzung wird eine Änderung der GO vorgelegt. Es macht sich diesbezüglich erforderlich, dass eine Regelung zur Verteilung von Dokumenten, Unterlagen bzw. Materialien während der Sitzung getroffen wird.

Die Kämmerin, Frau Carl-Schumann, informiert darüber, dass am 1.11.2010 zur Umschuldung ein Darlehen fällig war. Das Darlehen stammt aus dem Jahr 2000, Ursprungskapital 4 170 000 DM. 9 Angebote wurden eingeholt. Das gegenwärtige Restkapital beträgt 1 092 694 €. Es war eine Laufzeit von 20 Jahren angedacht, zinsseitig gebunden für 10 Jahre. Es wurde für die nächsten 10 Jahre mit 2,152 % Zinsen an die Thüringer Aufbaubank umgeschuldet. Die letzte Rate wird am 1.12.2020 fällig.

Frau König informiert, dass sie den Fraktions-Vorsitzenden heute eine e-mail von der Leiterin der Rechtsaufsicht weitergeleitet hat. Sie erinnert, dass im Jahr 2011 die Volkszählung stattfindet, zu der zahlreiche Personen für die ehrenamtliche Tätigkeit benötigt werden. Rechtlicherseits ist die Mehrzahl der Mitarbeiter der Stadtverwaltung von diesem Einsatz ausgeschlossen. Deshalb werden die Fraktionen gebeten, bei der Gewinnung von ehrenamtlichen Kräften zu unterstützen und möglichst bis Ende Dez./Anfang Januar 2011 Vorschläge in der Verwaltung einzureichen. Schulungen bzw. Verpflichtungen finden im Februar statt.

Eine weitere Information bezieht sich auf eine gemeinsame Veranstaltung am 09.11. 2010, um 17.00 Uhr, am Rathaus zum Gedenken der Opfer der sogenannten Pogromnacht. Am 14.11.2010 um 11.30 Uhr findet auf dem Zentralfriedhof der Volkstrauertag mit entsprechender Kranzniederlegung statt. Es wird erwartet, dass zu diesen öffentlichen Veranstaltungen die Stadträte teilnehmen.

TOP 6

200/2010

Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Hildburghausen

Herr König weist auf die Änderung in der Begründung aufgrund des Vorschlages durch Stadtrat Bumann im Haupt- und Finanzausschuss am 6.10.2010 hin. Der Zusatz ist in Kursivschrift im § 10 Abs. 4 eingefügt. Die Möbel, die auf öffentlichen Verkehrsflächen stehen, d. h. im Bereich von Gehwegen und Fußgängerbereichen, sollen weggeräumt werden. Auf den Flächen der Außenbewirtschaftung (Cafe und Biergarten) kann das Mobiliar verbleiben.

Stadtrat Czapla bittet darum, nach Beschlussfassung der 4. Änderungssatzung eine komplette Satzung mit allen eingearbeiteten Änderungen den Fraktionen zuzustellen.

Dies ist im Artikel 2 geregelt, dass nach In-Kraft-Treten dieser Änderungssatzung die Satzung über Sondernutzungen im gesamten Wortlaut im Amtsblatt der Stadt veröffentlicht wird, fügt Herr König hinzu.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Hildburghausen.

einstimmig angenommen Ja: 20

TOP 7

239/2010

Außerplanmäßige Ausgabe in der HH-Stelle 1300-935000

Herr König ergänzt, dass in der Vorlage die Summe von 40 000 auf 80 000 € zu verändern ist.

Stadtrat Kummer fragt nach, da die HH-Stelle Ersatzleistung Vermögensschäden (Fahrzeug Gerhardtsgereuth) zur Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe herangezogen wird, ob das ersetzte Feuerwehrfahrzeug in Gerhardtsgereuth zum Einsatz kommt.

Herr König äußert, dass das Fahrzeug von Weitersroda nach Gerhardtsgereuth kommt und das von Gerhardtsgereuth nach Hildburghausen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in der HH-Stelle 1300-93500 in Höhe von 80.000,00 €.

Die Deckung erfolgt aus der

HH-Stelle 1300-940050 - Feuerwehrgerätehaus Bürden,

HH-Stelle 1300-935030 - Ausstattung FW-Gebäude,

HH-Stelle 1300-940040 - Planung Feuerwehr Leimrieth und

HH-Stelle 1300-340000 - Ersatzleistung Vermögensschäden (Fahrzeug Gerhardtsgereuth).

HH-Stelle 1300-361000 - Zuschuss Land Thüringen

mehrheitlich angenommen Ja: 18 Enthaltungen: 2

TOP 8

206/2010

Jahresantrag 2011 im Bund- Länder- Programm "Stadtumbau Ost" - Aufwertung als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung

Stadträtin Wütscher fragt an, ob auch Maßnahmen aufgenommen wurden, wo Fördermittel beantragt werden, obwohl man weiß, dass diese nicht relevant sind. Sie würde nur dafür Fördermittelanträge stellen wollen für Maßnahmen, die auch realisierbar sind.

Frau Halbig erläutert, dass wir davon ausgehen, dass für alle Maßnahmen, die beantragt werden, Fördermittel ausgereicht werden, wenn das Land diese zur Verfügung stellen kann. Es sind bereits Maßnahmen im letzten Jahr diskutiert worden und diese stellen auch die Notwendigkeit zur Durchführung dar.

Der Antrag muss erst im LVWA vorliegen.

Stadtrat Günther ergänzt, dass nur Maßnahmen realisiert werden, für die die Stadt Eigenmittel bereitstellen kann. Es kann heute noch nicht eingeschätzt werden, wie viel Eigenmittel die Stadt in der Zukunft hat. Dieser Beschluss ist ein Grundsatzbeschluss, was konkret im Einzelnen umgesetzt werden kann, wird später entschieden.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt den Jahresantrag 2011 im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ - Aufwertung in Höhe von 95.000,00 € inkl. 31.660,00 € Stadtanteil. Dieser Antrag ist Bestandteil der Gesamtmaßnahme Städtebauförderung in Höhe von 2.291.000,00 € inkl. 653,860,00 € Eigenanteil. Einschließlich der erforderlichen Vorfinanzierung aufgrund der prozentualen Auszahlungen von Fördermitteln entsprechend LHO erfordert dies eine Gesamtplanungsgröße von 2.209.130,00 € im HH-Plan 2011 als Stadtanteil.

mehrheitlich angenommen Ja: 19 Nein: - Enthaltungen: 1

TOP 9**207/2010****Jahresantrag 2011 im Bund- Länder-Programm "Städtebaulicher Denkmalschutz" als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung****Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt den Jahresantrag 2011 im Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in Höhe von 1.586.000,00 € inkl. 317.200,00 € Stadtanteil. Dieser Antrag ist Bestandteil der Gesamtmaßnahme Städtebauförderung in Höhe von 2.291.000,00 € inkl. 653.860,00 € Eigenanteil. Einschließlich der erforderlichen Vorfinanzierung aufgrund der prozentualen Auszahlungen von Fördermitteln entsprechend LHO erfordert dies eine Gesamtplanungsgröße von 2.209.130,00 € im HH-Plan 2011 als Stadtanteil.

mehrheitlich angenommen Ja: 19 Enthaltungen: 1

TOP 10**208/2010****Jahresantrag 2011 im "Thüringer Landesprogramm städtebauliche Erneuerung und Wohnumfeldverbesserung" als Bestandteil der Gesamtstädtebauförderung****Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt den Jahresantrag 2011 im Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in Höhe von 1.586.000,00 € inkl. 317.200,00 € Stadtanteil. Dieser Antrag ist Bestandteil der Gesamtmaßnahme Städtebauförderung in Höhe von 2.291.000,00 € inkl. 653.860,00 € Eigenanteil. Einschließlich der erforderlichen Vorfinanzierung aufgrund der prozentualen Auszahlungen von Fördermitteln entsprechend LHO erfordert dies eine Gesamtplanungsgröße von 2.209.130,00 € im HH- Plan 2011 als Stadtanteil.

einstimmig angenommen Ja: 20

TOP 11**210/2010****Einzelantrag zur Förderung "Rahmenplan Untere Marktstraße- Joh.- Seb.- Bach- Straße" im Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz**

Diese Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 12**211/2010****Einzelantrag zur Förderung "Rahmenplan Obere Marktstraße- Hinter der Mauer" im Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz**

Diese Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 13**214/2010****Einleitungsbeschluss für die 6. Änderung des fortgeltenden Bebauungsplanes für das Wohngebiet Waldstadt, 1. BA****Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Einleitung des Verfahrens zur 6. Änderung des fortgeltenden Bebauungsplanes für das Wohngebiet Waldstadt, 1. BA im Bereich Römersbach.

Es werden folgende grundsätzliche Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Grundlage für die Zulässigkeit von Gartenhäusern im Bereich der privaten Grünfläche östlich des Römersbaches unter Berücksichtigung der umwelt- und naturschutzfachlichen sowie der städtebaulichen und stadtklimatischen Belange

Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu unterrichten und zur Äußerung, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	20
Ja-Stimmen:	20	Nein-Stimmen:	-
		Stimmenthaltungen:	-

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:
keine

einstimmig angenommen**Ja: 20**

TOP 14**215/2010****Abwägungsbeschluss zur 11. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes für den Bereich Judelsrain in der Gemarkung Birkenfeld**

Durch den amt. Bürgermeister wurden die einzelnen Abstimmungsvorschläge verlesen und durch die Stadträte jedem einzelnen Abstimmungsvorschlag einstimmig zugestimmt.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt das Abwägungsprotokoll zur 11. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes für den Bereich Judelsrain in der Gemarkung Birkenfeld, Stadt Hildburghausen vom 17.09.2010
Teil A – Stellungnahmen der berührten Träger öffentlicher Belange (Pkt. A 1 bis Pkt. A 33) und Teil B – Anregungen der Bürger (keine).
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen (Teil A des Abwägungsprotokolls) sowie die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen der Bürger (Teil B des Abwägungsprotokolls) hat der Stadtrat mit folgendem Ergebnis geprüft:

Teil A:

Berücksichtigt wird die Stellungnahme von

1. E.ON Thüringer Energie AG vom 03.08.2010
3. Kabel Deutschland vom 20.07.2010
4. WAVH vom 13.07.2010
5. Fernwasserversorgung Südthüringen vom 06.08.2010
6. Thüringer Landesverwaltungsamt, Ref. 300 vom 06.08.2010
8. Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, AS Steinsburgmuseum vom 09.08.2010
9. Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Bau- u. Kunstdenkmalpflege vom 12.07.2010
12. Landesbetrieb für Arbeitsschutz u. technischen Verbraucherschutz, Regionalinspektion Suhl vom 19.07.2010
13. Thüringer Liegenschaftsmanagement vom 20.07.2010

14. Thüringer Landesbergamt vom 02.08.2010
16. Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung vom 11.08.2010
17. Landwirtschaftsamt Hildburghausen vom 09.08.2010
19. Wehrbereichsverwaltung Ost vom 21.07.2010
20. Landesamt für Vermessung u. Geoinformation, Katasterbereich Schmalkalden vom 02.08.2010
22. Landespolizei Thür., PI Hildburghausen vom 13.07.2010
- 23.1. Landratsamt, Bauamt vom 29.07.2010
- 23.2. Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde vom 27.07.2010
- 23.3. Landratsamt, Immissionsschutzbehörde vom 27.07.2010
- 23.4. Landratsamt, Untere Wasserbehörde vom 27.07.2010
- 23.5. Landratsamt, Untere Abfallbehörde vom 27.07.2010
- 23.6. Landratsamt, Amt f. Straßenverkehr, SB Kommunalentwicklung vom 23.07.2010

- 23.7. Landratsamt, Amt f. Straßenverkehr, Straßenverkehrsbehörde vom 12.07.2010
- 23.8. Landratsamt, Untere Denkmalschutzbehörde vom 27.07.2010
- 23.9. Landratsamt, Brandschutz vom 10.08.2010
- 24. Landratsamt, Gesundheitsamt vom 10.08.2010
- 25. Bundesagentur für Arbeit vom 14.07.2010
- 32. Stadt Schleusingen vom 26.07.2010
- 33. Gemeinde Auengrund vom 26.07.2010

Keine Stellungnahme wurde abgegeben von

- 2. Deutsche Telekom AG
- 10. Straßenbauamt Südwestthüringen
- 18. IHK Südthüringen
- 27. Gemeinde Straufhain
- 28. Gemeinde Gleichamberg
- 29. Gemeinde Veilsdorf

Teilweise bzw. nicht berücksichtigt wird die Stellungnahme von -

TöB waren nicht am Verfahren beteiligt

- 7. Kampfmittelräumdienst
- 11. Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie
- 15. Die Bahn DB Netz AG
- 21. Thüringer Forstamt Heldburg
- 27. Thüringer Bauernverband e.V.

Teil B

Während der einmonatigen Auslegung des Planentwurfs wurden keine Anregungen von Bürgern vorgebracht.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange sowie die Bürger, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
Das gesamte Abwägungsprotokoll sowie der Nachweis der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange und Bürger, deren Anregungen nicht oder nur teilweise berücksichtigt wurden, sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates: 25 davon anwesend: 20

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: - Stimmenthaltungen: -

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:
keine

einstimmig angenommen Ja: 20

**TOP 15
216/2010**

Abschließender Beschluss zur 11. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Hildburghausen

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt abschließend die 11. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Hildburghausen für den Bereich Judelsrain in der Gemarkung Birkenfeld.
2. Der Erläuterungsbericht mit dem Umweltbericht zur 11. Änderung wird gebilligt.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 11. Änderung des fortgeltenden Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und die Erteilung der Genehmigung alsdann ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo der Plan mit dem Erläuterungsbericht und dem Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	20
Ja-Stimmen: 20	Nein-Stimmen: -	Stimmenthaltungen:	-

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

einstimmig angenommen Ja: 20

TOP. 16**236/2010****Außerplanmäßige Ausgabe – Ersatzbeschaffung Schneeräumschild für Multicar****Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Hildburghausen beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 9 500,- € aus der Haushaltsstelle 7710-935020 Geräte/Ausrüstungen für Kfz-Technik. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 7710-935006 Ersatzbeschaffung VW-Transporter.

einstimmig angenommen: Ja: 20

TOP. 17**237/2010****Außerplanmäßige Ausgabe****Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 14 900,00 € aus der Haushaltsstelle 7710-940000 Baumaßnahme Lagerhalle. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 7710-935006 Ersatzbeschaffung VW-Transporter.

einstimmig angenommen: Ja: 20

TOP 18**Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern**

Stadtrat Czapla legt zu den Ereignissen am 03.10.2010 folgendes dar.

Die Fraktion Freie Wähler Hibu. e. V. hatte den Bürgermeister aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Letzten Mittwoch lag ein Blatt Papier allen Stadträten vor. Die Fraktion Freie Wähler möchte dies zum Anlass nehmen, dem Bürgermeister eine offene Antwort auf diese schriftliche Erklärung zu geben.

Herr Czapla trägt den Wortlaut vor. Dieser ist der NS als Anlage beigelegt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen, bemerkt der amt. Bürgermeister Herr Naujoks.

Stadtrat Dr. Nowak ärgert sich über die an seiner und anderer Fahrzeugtüren hängenden Zettel, die dann auf die Straße geworfen werden. Er fragt an, ob solche Firmen zur Verantwortung gezogen werden, und die Stadt wieder reinigen müssen.

Stadtrat Kummer bezieht sich auf die Stellungnahme von der Fraktion Freie Wähler und auf die Anfrage der Bürgerin Ines Schwamm in der Bürgerfragestunde und er möchte für seine Fraktion zu den gegenwärtig laufenden Anschuldigungen gegenüber dem Bürgermeister ein paar Worte sagen. Die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Theresienfest finden sie sehr unerfreulich und es war seit langem das erste Theresienfest, was wirtschaftlich ein Erfolg war. Es ist schade, dass durch diese Geschichte ein schlechtes Licht auf das Fest geworfen wird. Es gibt um die Auseinandersetzungen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung so lange, wie die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu keinem Ergebnis gekommen sind, auch für den Bürgermeister. In letzter Zeit haben wir zur Kenntnis nehmen dürfen, dass es mehrere Aussagen gegeben hat, das was der Bürgermeister auch frühzeitig in der Zeitung geäußert hat zu seiner Rolle in der Auseinandersetzung, die dies unterstützten.

Die Aussagen des Wachdienstes haben die Darstellung des Bürgermeisters gestützt. Außerdem möchte er auf ein anderes ähnlich geartetes Ereignis in Thüringen verweisen. Vor den Wahlen war der Ministerpräsident Althaus in staatsanwaltschaftliche Ermittlungen verwickelt aufgrund des Skiunfalls. Er fand es damals gut, dass sich hier alle politischen Kräfte im Landtag mit einer Vorverurteilung zurückgehalten haben. Das sollte auch für die politische Kultur in Hibu. gelten.

Stadträtin Lange richtet ihre Fragestellung an Herrn Paul. Es geht um die Reinigung des Denkmals für die Opfer der Kriege auf dem Friedhof.

Herr Paul erklärt, dass vor der Reinigung die Genehmigung der Denkmalbehörde eingeholt werden musste. Der Bürgermeister hat den Antrag bei der Denkmalbehörde gestellt und dieser wurde auch genehmigt. Die Arbeiten sind mittlerweile durch die Firma abgeschlossen. Die Kosten sind höher als über die zur Verfügung stehenden 900,00 € ausgefallen. Die Stadt hat den Restbetrag übernommen. An der Figurengruppe und der Inschrift kann erst gearbeitet werden, wenn ein Konzept vorliegt und eine Firma gefunden wird, die diese Restaurierungsarbeiten durchführen kann.

Stadtrat Weichler macht auf die schiefe Straßenlampe in der Unt. Marktstraße an der Fleischerei Schröter aufmerksam. Er empfiehlt, diese Lampe zu reparieren oder zu entfernen. Frau Halbig wird die Angelegenheit über Herrn Kelm klären.

Eine weiteres Problem ist die Fertigstellung der Marienstraße, wo Ende Oktober der Fertigstellungstermin angekündigt war. Es ist kaum tragbar, durch Hildburghausen zu fahren. Zudem wird der Bahnübergang in Häselrieth zeitweise gesperrt. Seit dem 16.06.2010 warten die Ebenhardser Bürger auf ihre EW-Versammlung, die bisher noch nicht stattgefunden hat. Es gibt 2 Beigeordnete, die die EW-Versammlung durchführen können.

Zur Marienstraße äußert der amt. Bürgermeister, dass dort bei der Verkabelung von Elektroleitungen derartige Alterserscheinungen festgestellt wurden, so dass sie in dem Kreuzungsbereich zu erneuern sind. Das gleiche traf bei Wasserleitungen und bei Kabeln von Telekom zu. Anfang Dezember soll die Baumaßnahme abgeschlossen sein. Die beiden Beigeordneten können nur die EW-Versammlung durchführen, wenn der Bürgermeister dazu den Auftrag erteilt.

Stadträtin Wütscher versteht nicht, dass die beiden Politessen immer gemeinsam unterwegs sind, um den ruhenden Verkehr zu kontrollieren. Sie ist der Meinung, dass es nicht erforderlich ist, dass die beiden Politessen sich mit den Autofahrern in tätlicher Auseinandersetzung oder bei Wortgefechten gegenseitig schützen müssen. Wäre es nicht effektiver, wenn jede Politesse ein anderes Gebiet kontrollieren würde. Die Bürger fragen sich, ob sie fürs spazieren gehen bezahlt werden?

Herr König tritt dieser Auffassung entgegen und er ist froh, dass die beiden zusammen unterwegs sind. In den letzten 2-3 Jahren gab es 10 – 15 Gerichtsverhandlungen, wo nur in einem Fall das Urteil gegen die Stadt ausgefallen ist. Es ist immer gut, wenn die Politessen gegenseitig als Zeugen auftreten können.

Stadtrat Gutberlet wurde zum Verhalten des Bürgermeisters angesprochen. Er hat sich auch in der Presse geäußert. Er drängt darauf, auf die Vorwürfe des Bürgermeisters zu reagieren. Er wolle nichts beschönigen. Wenn konkrete Ermittlungsergebnisse vorlägen, die den Bürgermeister belasten, ist seine Fraktion die Letzte, die da ein Deckmäntelchen drüberhalten bzw. etwas beschönigen wolle.

Zum Theresienfest war er zu den Personen des Wachschutzes vom Outfit her erschrocken. Ein Wachschutz muss eine gewisse Seriosität und ein Vertrauen darstellen. Man sollte hier prüfen, ob man für die weiteren Theresienfeste einen anderen Wachdienst einsetzt.

Stadtrat Knittel hat folgende Fragen:

1. Zur Bautätigkeit in der Marienstraße hat er von Bewohnern erfahren, dass es zu den Zeitverzögerungen kommt, weil zeitweise nur 2 – 3 Bauleute auf der Baustelle tätig waren. Der Bauausführende hat hier die Baustelle nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit betrieben.
2. Beim Theresienfestumzug hält er es nicht für angemessen, wenn durch Umzugsgruppen Zuschauer in der Form belästigt werden, indem sie vollkommen mit Wasser bespritzt und durchnässt werden, wie es mehrfach passiert ist. (Gruppe der Wasserwacht auf dem Markt).
3. Ihm wurde bekannt, dass es eine vorsätzliche Sachbeschädigung am Marktbrunnen gab. Er möchte wissen, ob dies den Tatsachen entspricht und wie hoch der Schaden ist.

Frau Halbig bestätigt die Sachbeschädigung. Es wurde mit Gerätschaften herumgearbeitet und auch zerstört. Sie kann jedoch keine Aussage über den Schaden treffen. Eine Anzeige wurde erstattet.

Stadtrat G. Hanf informiert über die beiden letzten Sitzungen des Umweltausschusses.

Es wurde festgestellt, dass die Sitzung am 14.09.2010 nicht beschlussfähig war. In Kenntnis des Sachverhaltes waren sich die anwesenden Ausschussmitglieder einig, auch ohne Beschlussfassung die Tagesordnungspunkte abzuarbeiten.

Das Objekt TA-Ranch machte einen aufgeräumten Zustand. Es wurde teilweise eingeebnet. Das Gras um den Turm hat sich gut entwickelt. Zum Biotop ist zu sagen, dass die Bäume bis zu 2 m Höhe evtl. durch die Weidehaltung geschält waren. Hierzu wird Herr Bittorf zur Sitzung im November eingeladen.

Die Straße zum Stadtberg müsste im kommenden Jahr ausgebessert werden.

Die Beschilderung von der Marienstraße zum Stadtberg und zum Bismarckturm ist übersichtlich.

Es gibt ein Problem mit dem ehem. Meyerturm, die dafür vorhandenen Schilder sind weg. Ein Schild könnte erneut aufgestellt werden, das auf den ehem. Standort Meyersturm hinweist.

Es ist aufgefallen, dass der Wanderweg zum Turm instandgesetzt werden muss und als Rundwanderweg anzulegen ist. Anschließend sollte eine Bepflanzung am Weg in Zusammenarbeit mit den Förstern und Schulklassen vorgenommen werden.

An der West- und Südseite (Dachentwässerung) des Turmes sind Schäden durch Regenwasser erkennbar. Hier sollte etwas unternommen werden. Auf dem Turm ist in Zukunft eine Hinweistafel mit den umliegenden Sehenswürdigkeiten anzubringen.

Die nächste Sitzung des Umweltausschusses fand im Kommunalwald in Birkenfeld statt. Es wurde festgestellt, dass der Umbau des Waldes zügig vorangeht. Der Waldwirtschaftsplan 2011 wurde den Ausschuss-Mitgliedern übergeben.

Stadtrat Obst weist zur Thematik Bürgermeister darauf hin, dass der Stadtrat keine Strafverfolgungsbehörde ist. Wenn die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen vorlegt, wird entschieden und der Stadtrat wird sich klar und deutlich positionieren. Wir sind nicht feige, wir müssen uns an die Gesetze halten. Es wird leider im Stadtrat einiges vermischt, das eine ist die Sache mit dem Bürgermeister, das andere der Umgang untereinander. Zur abgebrochenen Sitzung in der letzten Woche ist zu sagen, dass das Recht auf der Seite von Frau Dr. Laube steht. Man hätte einfach nur darauf hinweisen können. Er musste dringende Termine verschieben, um an der Sitzung am 27.10.2010 teilnehmen zu können.

Er bittet darum, von solchen Handlungsweisen künftig abzusehen.

Er bezieht sich in einem weiteren Punkt auf einen Presseartikel vom 09.10.2010. Hier ging es darum, „bitte ehrlich bleiben“. Die Tatsachen in diesem Artikel bezogen sich auf die Unterschriftenaktion bei den Linken. Man muss hier eindeutig sagen, die Aktion war im Jahr 2008. Danach gab es neue Wahlen, eine neue CDU-Fraktion, neue Vorstandswahlen, d. h. es gibt neue handelnde Personen. Er würde sich wünschen, dass man künftig auf ihn oder die Fraktions-Vorsitzende zugeht.

Hildburghausen, den 15.11.2010



Siegfried Naujoks
amt. Bürgermeister



Karin Haschlar
Schriftführer

Offene Antwort der Fraktion Freie Wähler Hildburghausen e.V. auf die schriftliche Erklärung von Bürgermeister Steffen Harzer zu den Ereignissen am 03. Oktober 2010

(Papier vom 27.10.2010)

Sehr geehrter Bürgermeister Harzer,

wir sind sehr enttäuscht von der Art und Weise, aber insbesondere vom Inhalt Ihrer Erklärung zu den Ereignissen am Abschlusstag des diesjährigen Theresienfestes.

Wir hatten gehofft, dass Sie persönlich Stellung beziehen, zu den massiven Vorwürfen, die gegen Sie erhoben worden sind.

Aber statt aufzuklären und zu versuchen die Vorwürfe zu entkräften, hüllen Sie sich in Schweigen und ziehen sich auf Anraten Ihres Anwaltes zurück.

Die Hildburghäuser Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, was wirklich am 3. Oktober vorgefallen ist.

Allein Ihr Auftritt auf der Bühne war skandalös und eines Stadtoberhauptes unwürdig. Statt deeskalierend einzuwirken, haben Sie unter starkem Alkoholeinfluss zusätzlich provoziert und damit dem Ansehen der Stadt Hildburghausen und auch dem Theresienfest großen Schaden zugefügt.

„Ich habe einen schweren Fehler gemacht, den ich zutiefst bereue. Aber auch wenn ich ihn bereue und mir alle Vorwürfe, die in dieser Situation berechtigterweise zu machen sind, immer wieder selbst gemacht habe, kann und will ich nicht darüber hinwegsehen, dass das Amt und meine Autorität beschädigt sind.

Hiermit erkläre ich, dass ich mit sofortiger Wirkung von all meinen Ämtern zurücktrete.“ - so die evangelische Landesbischöfin Margot Käßmann nach einer Autofahrt unter Alkoholeinfluss.

Ihr Charakter und ihre Geradlinigkeit ließen ihr keine andere Wahl.

Herr Bürgermeister Harzer nehmen Sie sich an Frau Käßmann ein Beispiel. Stehen Sie zu Ihren Fehlern und ziehen Sie Konsequenzen!

Die Mitglieder der Fraktion
Freie Wähler Hildburghausen e.V.